Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 34. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Januar 2020, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend:	36 Mitglieder
Entschuldigt:	Ratsmitglieder Bonjour Bernhard (SP), Bühler Joel (SP), Bürgin Peter (FDP) und Salathe Andreas (CVP/EVP/GLP)

Traktanden	**Laufnummer**
://: Der Rat beschliesst einstimmig die Traktandenlisten-Ergänzung mit dem Geschäft Nr. 2020/178 «Ersatzwahl in die Finanzkommission (FIKO)».	2020/178
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 27.11.2019 und 18.12.2019 *://: Die Protokolle der beiden letzten Sitzungen werden genehmigt.*	-
2. Ersatzwahl in die Finanzkommission (FIKO) *://: Wahl von Dominik Beeler (GL) anstelle von Natalie Oberholzer als FIKO-Ersatzmitglied.*	2020/178
3. Zonenreglement Siedlung, Mutation – Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan *://: Die Vorlage wird an die BPK zur Vorberatung überwiesen.*	2020/177
4. Zufahrtsbewilligung Stedtli - Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Liestal schludert - und vertuscht?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/168 2019/168a
5. Bahnhofumbau-Informationen - Interpellation «Zeitnahe Weitergabe von Informationen verkehrstechnischer Änderungen während Bahnhofumbau an die Öffentlichkeit» von Markus Rudin der SVP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/169
6. Büchelistrasse - Postulat «Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr» von Pascale Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion *://: Das Postulat wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.*	2019/170
7. Velostege Oristal - Interpellation «Liestals neue Velostege: Gut, aber mehr Platz nötig» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/171 2019/171a
8. Buslinie 83 – Interpellation «Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/173

9.	Toiletten in Liestal – Postulat «Bereitstellen von öffentlichen Toiletten in Liestal» von Markus Rudin der SVP-Fraktion *://: Das Postulat wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.*	2019/174
10.	Recyclingstationen Bahnhof – Interpellation betreffend Recyclingstationen am Bahnhof von Loris Jeitziner der SP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2019/175
11.	Gemeinde-App Liestal – Postulat «Gemeinde-App Liestal» von Fabian Eisenring der SP-Fraktion *://: Das Postulat wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*	2019/176

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Ratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro wird folgende Mitteilung gemacht:

- Wegen der anschliessend um 19.00 Uhr stattfindenden Jahresschlussessen wird die heutige Sitzung durch keine Pause unterbrochen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlage Nr. 2020/178 «FIKO-Ersatzwahl»
- Vorlagen Nr. 2020/179 – Nr. 2020/184 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan – Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/179)
- Zufahrtsbewilligung Stedtli – Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Nichtigkeit – wie weiter?!» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/180)
- Fahrverbot Rathausstrasse – Kleine Anfrage «Fahrverbot Rathausstrasse – fehlende Tafel beim Obertor» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/181)
- Wahlbüro Bürgergemeinde – Kleine Anfrage «Aufwand Wahlbüro – Kostenteiler Bürgergemeinde?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/182)
- Zufahrt ins Stedtli – Motion «Für eine sinnvolle und verhältnismässige Zufahrt ins Stedtli» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/183)
- Einstellhalle im Stedtli – Interpellation «Bau Einstellhalle im Stedtli» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2020/184)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Wunderlin Vreni (CVP/EVP/GLP, Ersatzmitgl.)	Seite A (SP, GL)
- Imsand Bruno (FDP)	Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Meschberger Dominique (SP)	Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) nimmt Bezug auf das Mail des Ratsschreibers vom 17. Januar 2020 und stellt namens des Ratsbüros den Antrag, dass die Traktandenliste mit der Wahlvorlage Nr. 2020/178 *«Ersatzwahl in die Finanzkommission (FIKO)»* ergänzt wird und das Geschäft als 2. Traktandum behandelt wird.
Er kann nach Umfrage feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Wahlvorlage «Ersatzwahl in die Finanzkommission» (Nr. 2020/178) wird *einstimmig* auf die Traktandenliste der heutigen Sitzung genommen und das Geschäft als 2. Traktandum behandelt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird mit der vorgängig beschlossenen Ergänzung beschlossen.

276 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 27.11.2019 und 18.12.2019

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass beim Ratsbüro keine Änderungsanträge betreffen den Protokollen der letzten beiden Sitzungen eingereicht wurden und dieses deshalb die Genehmigung der zwei Protokolle beantragt.
Aus dem Ratsmitte werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 27.11.2019 und 18.12.2019 werden einstimmig genehmigt.

277 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahl in die Finanzkommission (FIKO), Vorlage Nr. 2020/178

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass die ER-Vorlage Nr. 2020/178 an der heutigen Sitzung als Tischpapier aufgelegt wurde und der Rat vorgängig die Behandlung dieses Geschäfts an der heutigen Sitzung beschlossen hatte.
Er kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und

://: Gemäss Antrag der Grünen Fraktion wird einstimmig bei 1 Enthaltung Dominik Beeler (GL) anstelle von Natalie Oberholzer (GL) als FIKO-Ersatzmitglied gewählt.

278 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Zonenreglement Siedlung, Mutation; Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan (Nr. 2020/177)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt namens des Ratsbüros den Antrag, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2020/177 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Michael Durrer (GL) führt aus, dass in seiner Fraktion die Frage aufgetaucht ist, ob denn die Reglementsrevision nicht eher in der Kommission «Gemeindeordnung und Reglemente» (GOR) beraten werden sollte. Das Geschäft könnte ja von der GOR und auch der BPK vorberaten werden.

Patrick Mägli (SP) informiert, dass sich die SP-Fraktion klar für eine Überweisung an die BPK ausspreche.

Stadtrat Franz Kaufmann ist der Meinung, dass das Geschäft doch schon eher von der BPK beraten werden sollte. Beim Geschäft handelt es sich um eine uralte Pendenzen aus dem Jahre 2010 betreffend dem Zonenreglement Siedlung.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt die Frage, ob denn die Grüne Fraktion einen Antrag für die Überweisung der Vorlage an die GOR stelle?

Michael Durrer (GL) hält fest, dass von seiner Fraktion kein Antrag gestellt wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2020/177 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

279 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Zufahrtsbewilligung Stedtli - Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Liestal schludert - und vertuscht?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/168)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass die Dringlichkeit des Vorstosses an der Ratssitzung vom 27. November 2019 abgelehnt wurde und diese wegen Zeitmangel an der Dezember-Sitzung nicht mehr behandelt werden konnte.
Der Interpellant möchte sich nun zur schriftlichen Interpellationsantwort des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2019/168a vom 17.12.2019 äussern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellant, er sei mit den Antworten teilweise zufrieden und wünsche die Diskussion.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die schriftliche Beantwortung der Antworten. Die Antworten beschränken sich auf die Aufzählung von Fakten, die so gar nicht bestritten sind. Es geht ja viel mehr darum, wie sich die Stadt gegenüber Einwohnern beziehungsweise Gewerbetreibenden wie im vorliegenden Fall verhält. Man hört ja immer wieder, dass die Stadtverwaltung die Bürger recht eigensinnig, herrisch oder auch von oben herab behandeln würde, was schwierig zu überprüfen ist. Er selbst kann dies nicht bestätigen, da er höflich und nett behandelt wird. Und oftmals ist es halt schon so, dass es so zurückhallt, wie man in den Wald gerufen hatte. Der vorliegende Fall zeigt aber doch ein ganz anderes Bild. Die Dringlichkeit der Interpellation ist ja abgelehnt worden, was schlussendlich ein Glück für ihn war, denn die Beschwerdeführer sind auf ihn zugekommen und haben ihm Akten des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Auch haben sie ihm erlaubt, aus den Akten gewisse Passagen zu zitieren, was er nun auch tun wird: Das Kantonsgericht hat in seinem Urteil betreffend Nichtigkeit festgehalten, dass dies der absolute Ausnahmefall sein muss. Die Nichtigkeit wird damit begründet, dass das Schreiben nur an die beschwerdeführende Frau adressiert wurde, obwohl das beschwerdeführende Ehepaar doch Inhaber der Einzelfirma und Zufahrtsbewilligung ist. Somit ist die Bewilligung auch nicht beiden Personen entzogen worden. Das Schreiben ist nicht als Verfügung gekennzeichnet worden und es wurde nicht auf das Rechtsmittel verwiesen, was eine mangelhafte Eröffnung ist. Es kann keine Rede davon sein, entgegen der Behauptung der Stadt Liestal, dass die Beschwerdeführer durch ihr Verhalten den Entscheid akzeptiert haben, weil sie nicht gerade sofort reklamiert hatten. Gemäss Kantonsgericht hatte die Verfügung keine Begründung enthalten, es wurde auch keine Abwägung von Interessen vorgenommen und diese hatte sich auf eine verkehrspolizeiliche Anordnung gestützt, welche noch gar nicht veröffentlicht worden ist. Somit hatte man sich auf ein Verbot berufen, welches erst neun Monate danach publiziert wurde. Auch wurden die Beschwerdeführer vor Erlass der Verfügung nicht angehört und diese hatten nie die Gelegenheit bekommen, sich zum Widerruf der Zugangsberechtigungen usw. äussern zu können. Aus diesen zahlreichen formellen und inhaltlichen Mängeln ist die Verfügung und das Verfahren derart mangelhaft, dass die Nichtigkeit die Folge ist. Damit gelten die Zufahrtsbewilligungen der Beschwerdeführer als nicht gültig widerrufen. Die Stadt Liestal hat für den Widerruf der Zufahrtsberechtigungen der Beschwerdeführer ein neues Verfahren einzuleiten. Am 16. November ist die Zufahrtsbewilligung entzogen worden, dies fälschlicherweise an beide Beschwerdeführer gemeinsam und nicht einzeln. Am 30. November ist ein Antrag für eine Anwohnerkarte eingereicht worden, welcher von den juristischen Laien und Beschwerdeführern mit Einschreibebrief begründet wurde. Dieser Antrag ist dann am 4. Januar abgewiesen worden und am 26. Januar hatten die Beschwerdeführer explizit eine rechtsmittelfähige Verfügung verlangt. Erst im April hatte die Stadt einen Beschwerdeentscheid erlassen und das Gesuch abgewiesen. Dazu ist zu sagen, dass zuerst eine Verfügung hätte erlassen werden müssen, dann hätte es innerhalb der Gemeinde ein

Beschwerdeverfahren mit anschliessendem Entscheid geben müssen. Wiederum wurde falsch gehandelt, obwohl die Beschwerdeführer ja eine rechtsmittelfähige Verfügung verlangt hatten. Der Beschwerdeentscheid ist zumindest begründet worden und war kostenlos. Betreffend dem Entzug der Zufahrtsbewilligung ist der stadträtliche Entscheid vom Regierungsrat gestützt worden, vom Kantonsgericht jedoch nicht geprüft worden. Bei der Durchsicht der Verfahrensakten muss man schon feststellen, dass der Ton teilweise verfehlt wurde und man auch komische Stilblüten der Stadt zur Kenntnis nehmen muss. So wurde von der Stadt behauptet und geschrieben, dass man keine juristische Ausbildung haben müsse, um sich gegen den Widerruf der Dauerzufahrtsbewilligung zur Wehr setzen zu können. Dieser Widerruf werde in der Verfügung auch klar und verständlich festgehalten, indem mitgeteilt wurde, dass alle ausgestellten Dauerzufahrtsbewilligungen per 1. Januar 2018 ihre Gültigkeit verlieren. Dass die Verfügung keine Rechtsmittelbelehrung enthielt, hätte die Beschwerdeführer um so mehr dazu veranlassen müssen, den Widerruf explizit in Frage zu stellen. Auch wurde durch die Stadt mitgeteilt, dass davon auszugehen ist, dass die Beschwerdeführerin ihren Ehemann ebenfalls über den Widerruf informiert habe. Und selbst wenn die Beschwerdeführer verheiratet sind, handelt es sich doch um zwei unterschiedliche natürliche Personen. Auch wird von der Stadt festgehalten, dass die Forderung nach einer Dauerzufahrt für die Erledigung von Kommissionen für eine Anwohnerin der Rathausstrasse ökologisch und auch ökonomisch in keiner Weise nachvollziehbar sei. Ergo müsse auch keine Grundrechtsprüfung vorgenommen werden. Das heisst doch nichts anderes, als dass die Stedtlibewohner gefälligst auch im Stedtli einzukaufen haben. Vor dem kantonsgerichtlichen Verfahren haben die Beschwerdeführer rausgefunden, dass man gar nicht allen Personen, welche eine Zufahrtsbewilligung besassen, diese entzogen hatte. Die Stadt hatte in der Folge nun nicht eigene Fehler zugestanden, sondern festgehalten, dass diese Behauptung bereits bei den Vorinstanzen hätte vorgebracht werden können. Und es sei kein Grund ersichtlich, wieso es den Beschwerdeführern nicht möglich war, vor Fällung des angefochtenen Entscheides mit ihren Nachbarn in Kontakt zu treten respektive als Zeugen aufzurufen. Somit stellt sich doch die Stadt auf den Standpunkt, dass vor dem rügen von Fehlern der Stadt doch einmal alle im Stedtli angefragt werden sollten, ob andere Stedtlibewohner auch ein Schreiben der Stadt erhalten haben, damit man gleich von Anfang an des Verfahrens die Stadt für ihre Fehler gleich rügen kann. Die vorgenannten Stilblüten stimmen ihn schon etwas bedenklich. Genau so bedenklich ist für ihn aber auch die stadträtliche Antwort im Zusammenhang mit der Nichtigkeit, weshalb er diesbezüglich mit der neuen Interpellation Nr. 2020/180 nochmals einige Fragen zu diesem Thema stellt. Auch wird die Frage betreffend den Kostenfolgen für die Stadt gemäss seinem Vorstoss Nr. 2019/168 nicht beantwortet. Wegen einigen Lappalien der Stadt im Zusammenhang mit diesem Rechtsverfahren haben die Steuerzahler viel Zeitaufwand und Geld zu bezahlen. Beim vorliegenden Verfahren sind anfangs massive Fehler gemacht worden, diese sind dann aber nicht korrigiert, sondern nur noch verschlimmert worden. Schlussendlich auch mit dem Versuch, dass sich die Stadt bei den nächsthöheren Instanzen rechtfertigen kann, was ja auch misslang. Und nun fängt das ganze Spiel wieder von vorne an, was nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Beschwerdeführer und Direktbeteiligten höchst unbefriedigend sein dürfte. Er frage sich schon, wie denn die Verwaltung überhaupt organisiert ist und besteht ein hinreichendes Controlling, damit elementare rechtsstaatliche Rechtsgrundsätze eingehalten werden? Und wie ist der Auftritt der Stadt gegenüber seinen Bürgern und Gewerbetreibenden? Er wird nun nach der heutigen Sitzung die erhaltenden Akten der Geschäftsprüfungskommission übergeben und es ist dann der Entscheid der GPK, ob diese sich der Angelegenheit vertieft annehmen möchte oder nicht.

Stadträtin Regula Nebiker bemerkt, dass es dem Stadtrat wichtig ist, dass er ergänzend zu den schriftlichen Antworten noch einige Punkte festhalten kann. Es ist klar und unbestritten, dass Fehler passiert sind und diese möchte man so gut als möglich auch wieder gut machen. Der Stadtrat und auch die Verwaltung haben es sehr ernst genommen und selbst nach kritischen Nachfragen kann festgehalten werden, dass niemand aus irgendwelchen Gründen hätte drangsaliert werden sollen. Und sollte dieser Eindruck dennoch entstanden sein, so ist dies aus keiner Absicht passiert und dafür würde man sich an dieser Stelle nochmals explizit entschuldigen. Die Beantwortung des Vorstosses war für den Stadtrat doch sehr schwierig, da

man nicht wusste, welches Ziel der Interpellant mit seiner Fragestellung verfolgte. Zudem will man nicht schon wieder formelle Fehler und Aussagen machen, da ja das Rechtsverfahren immer noch läuft und nicht abgeschlossen ist. Und mit der GPK hat ja der Einwohnerrat ein Instrument, welche verschiedene Fragen und Vorwürfe prüfen könnte, was ja in der parlamentarischen Diskussion nicht möglich ist. Und die inhaltliche Frage, ob das jetzige Zufahrtsregime grundsätzlich in Frage gestellt wird, müsste vom Parlament gegebenenfalls mit einem Vorstoss schon noch ein konkreter Auftrag an den Stadtrat erteilt werden.

Marianne Quensel (SP) führt aus, ihre Fraktion habe die Tonalität des Interpellanten schon etwas erstaunt und auch nach den heutigen Ausführungen frage sie sich, was hinter diesem Vorstoss steckte. Der Einwohnerrat ist ein Milizparlament und so sollte sich wohl schon jedes Ratsmitglied überlegen, ob dies hier der richtige Ort ist, um sich mit seinem persönlichen Fachwissen profilieren zu wollen. Die Vorwürfe an den Stadtrat, dass Dinge verschludert und gar vertuscht wurden, sind ja schon heftig. Ja, es sind auf der Verwaltung sicher Fehler passiert und diesbezügliche Abklärungen sollen doch von der GPK getroffen werden. Ende 2017 hatten wir uns alle auf die Einweihung der neuen Rathausstrasse gefreut und diese ist erfreulich zu einer attraktiven Flaniermeile geworden. Die neue verkehrsfreie Rathausstrasse ist sicher ein Meilenstein in der Geschichte von Liestal und wohl niemand möchte diesen damaligen Schritt rückgängig machen und wieder parkierte Autos in der Rathausstrasse haben. Es sind bestimmt Fehler passiert und Fehler passieren auf der ganzen Welt, doch deswegen geht die Welt und schon gar nicht Liestal unter. Der Verwaltung möchte sie an dieser Stelle doch den besten Dank für die grossmehrheitlich gute Arbeit aussprechen, die tagtäglich geleistet wird. Auch bedanke sie sich für die ehrlichen Antworten zu den Interpellationsfragen, welche dieses Mal nicht als schludrig bezeichnet und abgetan werden können.

Michael Durrer (GL) kann grösstenteils das Votum der Vorrednerin unterstützen. Auch seine Fraktion hoffe, dass wegen diesem Vorstoss nun nicht eine Grundsatzdiskussion über das Fahrverbot in der Rathausstrasse entfacht wird. Fundierte Abklärungen der GPK werden auch von seiner Fraktion unterstützt, damit man auch allfällige Lehren daraus ziehen kann, denn die Diskussion hier im Einwohnerrat dürfte schon der falsche Rahmen sein.

Reto Pusterla (FPD) legt dar, dass nur dort Fehler passieren können, wo auch gearbeitet wird. Formelle Fehler sind sicher auch im vorliegenden Fall passiert, doch darf man der Verwaltung nun nicht unterstellen, dass diese auf bösen Absichten basieren. Juristen haben sich mit der rechtlichen Situation befasst und vom Stadtrat ist glaubhaft dargelegt worden, dass Fehler erkannt und Massnahmen zur Verhinderung von Wiederholungen bereits ergriffen wurden. Wir sind hier nicht im Gericht und der Einwohnerrat ist ein politisches Gremium und die einzige politisch relevante Frage ist die 6. Frage des Interpellanten betreffend der Zufahrtsregelung in die Rathausstrasse, welche ja vom Stadtrat beantwortet wurde. Eine Änderung des jetzigen Verkehrsregimes in der Rathausstrasse dürfte hier im Saal wohl kaum Unterstützung finden. Es kann und darf ja nicht sein, dass man wegen den passierten formal-juristischen Fehlern die gewonnene Aufenthaltsqualität in der Rathausstrasse wieder preis gibt. Die meisten Liegenschaften der Rathausstrasse sind zudem durch hinterliegenden Parallelstrassen erschlossen und es dürfte auch zumutbar sein, dass ausserhalb den Anlieferungszeiten in der Rathausstrasse nicht bis vor die Haustüre gefahren werden muss. Situationsbedingte Ausnahmebewilligungen sind ja nicht per se verboten. Seine Fraktion unterstützt die stadträtlichen Bestrebungen für eine verkehrsfreie Rathausstrasse.

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, dass viele Nebenstrassen zur Rathausstrasse führen und deshalb auch die Anwohner keine grösseren Fusswege zurücklegen müssen. Für diejenigen Leuten, die eine Liegenschaft im Stedtli nutzen, müsste aber doch gewährleistet sein, dass sie zur Liegenschaft fahren können, weshalb eine einvernehmliche Lösung gefunden werden muss.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren von Einzelsprechern angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/168.

280 01.011.01 Einwohnerrat

5. Bahnhofumbau-Informationen - Interpellation «Zeitnahe Weitergabe von Informationen verkehrstechnischer Änderungen während Bahnhofumbau an die Öffentlichkeit» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2019/169)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation

Zeitnahe Weitergabe von Informationen verkehrstechnischer Änderungen während Bahnhofumbau an die Öffentlichkeit

Die SBB-Baustelle am Bahnhof ist ein langfristiges Projekt und die Bewohner von Liestal und Umgebung, in Liestal arbeitende Personen, wie auch die Kunden der KMUs, sind daran interessiert, über die Veränderungen rund um die Bautätigkeiten laufend und regelmässig informiert zu werden.
Es darf nicht sein, dass bei allen Fragen immer gleich an den Kanton verwiesen wird.

Ich habe darum folgende Fragen an den Stadtrat:

1. *Wie sind und werden die laufenden Informationen (bauliche und verkehrstechnische Änderungen) an die Stadt sichergestellt und in welchen Zeitabschnitten, und wie informiert sie die Öffentlichkeit über diese jeweils anstehenden Änderungen? (Bsp. Poststrasse)?*

2. *Liegt ein Verkehrskonzept für Liestal vor während des Umbaues, und beinhaltet dieses auch die Verkehrswege rund um den Bahnhof?*

3. *Betreffend der Benutzung von Zufahrten (Verkehr) und Parkplätzen: liegen hier bis zur Vollendung, sowie auch während der Bauphase, die nötigen Pläne und Informationen vor?*

Liestal, im November 2019

Markus Rudin SVP Fraktion

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die einleitenden Worte in der Interpellation und geht davon aus, dass damit wohl die Baustelle im Altmarkt gemeint ist. Bei stadteigenen Baustellen sind Absprachen mit der SBB, Autobus AG, BLT, Swisscom, IWB, EBL usw. nötig. In einer halbjährlich stattfindenden Konferenz werden die Baustellen und Projekte der Verkehrsbetriebe sowie Werkeigentümer usw. koordiniert und abgesprochen. Es gibt natürlich auch unvorhersehbare bzw. nicht planbare Ereignisse wie Wasserleitungsbrüche usw., bei welchen die Information der Bevölkerung zu einer echten Herausforderung werden kann. Die SBB-Baustelle hat aktuell die oberste Priorität, da bezüglich Zu- und Wegfahrten auch die meisten Bedürfnisse vorhanden sind. Bei den Tiefbauarbeiten im Oristal, den Hangsicherungen usw. kann aktuell rund 3 – 4 Wochen im Voraus informiert werden. Die schnellste und direkteste Information erfolgt über die Homepage, teilweise werden aber auch Pressemitteilungen verschickt. Selbstverständlich besitzt man ein Verkehrskonzept, doch sind immer wieder situative Anpassungen nötig. Auch für die Benützung von Parkplätzen, Park & Ride, Zufahrten etc. liegt ein Konzept vor. Die diesbezüglichen Informationen passieren durch die Stadt und/oder auch durch die SBB.

Markus Rudin (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Beantwortung seiner Interpellation und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Markus Rudin (SVP) meint, dass die Anwohner entlang der Bahnlinie logischerweise bei den meisten Informationen bevorzugt behandelt werden, da sie ja doch überdurchschnittlich betroffen sind. Bei der Kommunikation darf man aber die übrige Bevölkerung Liestals sowie die Pendler usw. nicht ganz vergessen, auch wenn sie vielleicht nicht tagtäglich betroffen sind. Auch müsste beispielsweise eine allfällige Schliessung der Poststrasse etwas grossflächiger und breiter kommuniziert werden.

Natalie Oberholzer (GL) legt dar, dass ihre Fraktion der Meinung ist, dass gut und genügend informiert wird. Schön wäre es teilweise, wenn doch etwas früher informiert würde und vielleicht die Direktbetroffenen auch bei nötigen Zwischenlösungen vorgängig angehört würden. Hindernisse für Kinderwägen sind für die Bevölkerung wesentlich, für die SBB aber beispielsweise nicht so wichtig, weil sie im grösseren Massstab denken und solche wichtigen kleinen Dinge schon gar nicht auf dem Radar haben. Auch bei den halbjährlichen Koordinationssitzungen könnten ja Vertreter der direktbetroffenen Bevölkerung eingeladen werden.

Reto Derungs (SP) hält fest, dass er teilweise mehrmals täglich die SBB-Baustelle queren muss und feststellen kann, dass diese recht gut funktioniert und er absolut keine Bedenken habe. Schön wäre es natürlich, wenn die Bauzeit etwas weniger lange dauern würde, als dies geplant ist.

Beat Gränicher (SVP) unterstützt die Aussage seines Vorredners und kann als direktbetroffenen Anwänder bestätigen, dass die SBB-Bauarbeiter sehr zuvorkommend sind und die Anwohnerschaft laufend informiert wird. Auch hier im Saal war sich wohl niemand bewusst, wie gross das Ausmass der SBB-Baustelle sein wird. Kürzlich wurden beispielsweise Nachtscheinwerfer installiert und die diesbezügliche Information ist vergessen worden. Dies ist dann umgehend entschuldigt und korrigiert worden. Und betreffend den vom Stadtrat erwähnten Informationen auf der Homepage möchte er doch festhalten, dass er dem Stadtrat dankbar wäre, wenn dieser seiner 89-jährigen Mutter das Internet installieren und erklären würde. Es gibt nämlich immer noch Einwohner in Liestal, welche keinen Computer besitzen und für andere Kommunikationsmittel in Papierform dankbar wären.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) sagt, dass die Infos anfänglich etwas harzig verlaufen sind. Absolut wichtig sind jedoch die Informationen für die Velofahrer, Fussgänger usw. auf der Baustelle selbst mit klaren Signalisationen usw. Wichtig ist ja auch, dass man sich mit Verbesserungsmöglichkeiten einbringt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/169.

281 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Büchelistrasse - Postulat «Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr» von Pascale Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2019/170)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Patrick Mägli, SP-Fraktion
Pascale Meschberger, SP-Fraktion

Liestal, 25. November 2019

Postulat
Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr

Die Büchelistrasse ist mit der Eröffnung des Bücheli-Centers und der Schaffung der Verbindungen zur Altstadt ein Ort der Begegnung und des Verweilens geworden. Allerdings wird die Büchelistrasse trotz des Anpassens der Lichtsignalanlage bei der Gestadeck-Kreuzung immer noch rege durch den motorisierten Verkehr benützt. Da die Situation bei den Durchgängen zur Altstadt nicht ganz übersichtlich ist, entsteht für die übrigen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, darunter insbesondere die Kinder, grosse Gefahr.

Aus unserer Sicht ist es nun an der Zeit, die Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr mit Ausnahme der Zubringer und des ÖVs zu sperren. Als Alternative steht der von der Stadt vor einigen Jahren gebaute Kantinenweg zur Verfügung.

Wir beauftragen daher den Stadtrat, die Schliessung der Büchelistrasse bis zum Neuweg für den motorisierten Durchgangsverkehr zu prüfen.

Pascale Meschberger, SP-Fraktion *Patrick Mägli, SP-Fraktion*

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen. Eine Lösung und Optimierung könnte sein, dass der Zugang in die Altstadt ja auch von unten her durch die Büchelistrasse passieren könnte. Aktuell plant das Tiefbauamt den Ausbau der Rosenstrasse und somit auch die Gestadeck-Kreuzung. Mit einem Abzweiger bei der Kreuzung könnte man über die Büchelistrasse und den Neuweg in die Altstadt gelangen. Damit wäre die Durchgangsachse über die Büchelistrasse gesperrt, denn für diese Achse hatte man ja auch den Nonnenbodenweg gebaut. Dieses Konzept sollte eigentlich verhalten und wäre auch keine Radikallösung.

Patrick Mägli (SP) hält als Postulant fest, dass die Büchelistrasse immer wieder ein Thema im Einwohnerrat war. Letztmals wurde im Jahr 2016 eine Interpellation vom Stadtrat damit beantwortet, dass man von weiteren Massnahmen angesichts der bevorstehenden Sanierung der Rathausstrasse absehen möchte. Seither sind nun wiederum bald vier Jahre vergangen und die neu gestaltete Rathausstrasse kann seit mehr als einem Jahr benutzt werden. Somit wäre es nun an der Zeit, eine weitere Pendenz anzugehen und die Büchelistrasse zu schliessen, zumal die Situation für die Fussgänger wegen den durchfahrenden Autos nach wie vor gefährlich ist. Auch ist sein Eindruck vorgängig vom Stadtrat bestätigt worden, dass die Büchelistrasse wieder vermehrt als Durchgangsstrasse genutzt wird, obwohl dafür der Nonnenbodenweg erstellt wurde. Erhärten lasse sich diese Vermutung nicht, da die im Jahre 2015 in Aussicht gestellten Verkehrszählungen nicht durchgeführt wurden.

Lisa Faust (GL) berichtet, dass ihre Fraktion den Vorstoss unterstütze und es begrüsse, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert, dass die Mittefraktion grundsätzlich das Postulat auch unterstützt, aber mit wenig Begeisterung. Das Problem dürfte nicht alleine mit der Schliessung der Büchelistrasse gelöst werden, denn für die gesamte Verkehrsführung rund um den Wasserturmplatz muss eine Lösung gefunden werden. So muss beispielsweise der von Seltisberg herkommende Autofahrer merken bzw. dazu gezwungen werden, dass er nach rechts abbiegen und durch den Nonnenbodenweg fahren muss. Der stadträtliche Vorschlag hört sich ja grundsätzlich gut an, müsste aber schon noch im Detail angeschaut werden, da man eben die Büchelistrasse nicht alleine betrachten kann. Angesichts der heutigen stadträtlichen Aussagen und neuen Erkenntnisse weiss sie nicht, wie ihre Fraktion anschliessend stimmen wird.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass die vom Stadtrat und dem Postulanten erwähnten Punkte schon früher im Einwohnerrat und auch der BPK thematisiert wurden. Das bereits früher erklärte Ziel, dass der Durchgangsverkehr über den Kantinenweg und Nonnenbodenweg geführt wird, erfährt auch mit dem neuen Vorstoss keine Änderung. Die Neueinstellung der Lichtsignalanlage-Zeiten hätte mit noch längeren Wartezeiten vielleicht mehr Erfolg gebracht. Seine Fraktion befürwortet im Grundsatz den stadträtlichen Lösungsvorschlag. Das Postulat hat jedoch in sich einen Widerspruch, welcher noch zu klären wäre. Denn im Titel ist die Rede von einer Schliessung der Strasse für den motorisierten Verkehr und in der Empfehlung der Postulanten ist die Rede davon, dass die Büchelistrasse für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt werden soll. Auch die Eingrenzung sowie Definition der erwähnten Zubringer dürfte schwierig sein. Seine Fraktion ist der Meinung, dass nach wie vor die Zufahrt zu den Parkplätzen wie beim Modehaus Büttler oder Neuweg für Zubringer bzw. Kunden möglich sein muss, was jedoch nicht für Anwohner gelten soll. Seine Fraktion wird wohl erst nach den Präzisierungen durch die Postulanten entscheiden können, ob sie den Vorstoss überweisen möchten oder nicht.

Beat Gränicher (SVP) legt dar, dass das Postulat mit oder ohne Präzisierungen für seine Fraktion nicht verhält und unterstützt wird. Die Büchelistrasse war in den letzten Jahren schon mehrmals ein Thema im Einwohnerrat und dass diese für den Durchgangsverkehr missbraucht wird, ist unlängst ebenfalls bekannt. Das Problem kann nur dadurch gelöst werden, indem man die Verkehrsführung so organisiert, dass gezwungenermassen der Durchgangsverkehr nur über die Kasernenstrasse bzw. den Nonnenweg möglich ist. Eine Sperrung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr wird seine Fraktion keinesfalls unterstützen. Der vom Stadtrat heute vorgestellte Lösungsvorschlag war bereits einmal ein Thema hier im Einwohnerrat und ist vom Stadtrat damals abgelehnt worden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) bittet die Postulanten um die Präzisierung ihres Vorstosses gemäss vorgängigem Votum des FDP-Fraktionssprechers.

Pascale Meschberger (SVP) versteht als Postulantin die Tüpflischeisserei betreffend dem Titel schon nicht ganz. Wenn man den ganzen Text liest und versteht, weiss man, dass es den Postulanten nicht darum geht, jeglichen motorisierten Verkehr aus der Büchelistrasse zu verbannen. Vielmehr soll diese vom Durchgangsverkehr befreit werden. Der Stadtrat soll nach der Postulatsüberweisung noch mögliche Lösungen prüfen und dann dem Rat wieder über die Ergebnisse berichten.

Michael Durrer (GL) meint, dass man sich wohl inhaltlich fast durchwegs einig ist, dass betreffend dem Durchgangsverkehr in der Büchelistrasse etwas passieren sollte. Er hofft nun schon, dass man den Vorstoss nicht wegen irgendwelchen Wortklaubereien schlussendlich einfach versenken würde.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und hält fest, dass es Ratsmitglieder gibt, die sich dagegen wehren, dass bestehende Probleme rigoros mit Verboten gelöst werden sollen. Und es gibt auch Ratsmitglieder, die eine Lösung befürworten, welche für alle Beteiligten stimmt. So ist längst die Hauptursache des Durchgangsverkehrs durch die Büchelistrasse bekannt, denn dies ist die logische Folge davon, wenn zwei Hauptstrassen zum Wasserturmplatz führen und dann der Abfluss nur noch über den Fischmarkt oder eben die Büchelistrasse möglich ist. Unmissverständlich und klar wird im Titel des Postulates eine Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr verlangt. Und es kann deshalb ja schlussendlich nicht sein, dass bei einer Schliessung der Büchelistrasse dann der ganze Verkehr durch den Fischmarkt passieren würde. Die Strassenführungen müssen so geändert werden, dass die Benützung der Büchelistrasse für den Durchgangsverkehr unattraktiv gemacht wird. Und so dürfte beispielsweise die Zufahrt ins Stedtli und dem Zeughausplatz bei einer Umsetzung des Postulates nur noch mit einer Zufahrt durch die Meyer-Wiggli-Strasse möglich sein, was für die Fussgänger nicht weniger gefährlich sein dürfte als aktuell in der Büchelistrasse. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Erschliessung von unten ist tatsächlich nicht neu, kann aber wohl kaum kurzfristig umgesetzt werden. Der Stadtrat hätte ja das längst diskutierte Problem von sich aus angehen können und es hätte nicht ein politischer Vorstoss abgewartet werden müssen. Mit einer rigorosen Schliessung der Büchelistrasse hätten einige Gewerbetreibende im Stedtli mit weiteren Umsatzeinbussen zu kämpfen, was er nicht unterstützen wird. Die Lösung muss ohne Fahrverbot und höchstens mit Verkehrsführungsänderungen realisierbar sein.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Bei einer Umsetzung der von den Postulanten verlangten Schliessung der Büchelistrasse bis zum Neuweg für den motorisierten Durchgangsverkehr wäre ja auch keine Zulieferung für einen Grossteil der Büchelistrasse-Anwohner mehr möglich. Die Forderungen der Postulanten sind klar formuliert und lassen nicht viel Spielraum bei einer Überweisung an den Stadtrat offen, weshalb sich seine Fraktion klar gegen eine Überweisung ausspricht.

Thomas Eugster (FDP) meint, es gehe nun wirklich nicht, dass man sich für einen motorisierten Zugangsverkehr ausspreche und auf der anderen Seite im Postulats-Titel eine Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr fordert.

Michael Durrer (GL) versteht den Einwand seines Vorredners betreffend der Titel-Wortwahl. Die Forderung der Postulanten ist im letzten Satz des Vorstosses klar formuliert, lässt dem Stadtrat aber doch genug Spielraum, um weitere Lösungsvarianten prüfen und dem Rat vorschlagen zu können. Er kann zustimmen, dass der Titel des Postulates zu rigoros formuliert ist.

Dominique Meschberger (SP) legt dar, dass der Vorstoss doch einem Bedürfnis vieler Einwohner und Stedlibesucher entspricht. Und wie man auch den Inhalt des Vorstosses interpretiert, kann bzw. muss es nicht sein, dass der Stadtrat nach der Postulatsüberweisung die Büchelistrasse zwingend schliessen müsste.

Thomas Eugster (FDP) äussert, insbesondere auch das letzte Votum sei für seine Fraktion der Grund dafür, das Postulat abzulehnen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) votiert, dass die Postulanten in der Büchelistrasse keinen Durchgangsverkehr mehr wollen. Wie soll aber die Verkehrsregelung kontrolliert werden, wenn oben und auch unten der Zubringerdienst dennoch möglich sein soll?

Lorenz Holinger (SVP) meint, die Lösung könnte darin liegen, dass man vor dem Wasserturmplatz beim Restaurant Neuhüsli und auch bei der Kasernenstrasse „Transit"-Schilder montieren würde. Bei der neuen Gestadeck-Überbauung ist der Verkehrsführung mit der neuen Autoeinstellhalle die gebührende Beachtung zu schenken, da diese einiges mehr an Verkehr mit sich bringen wird.

Daniel Schwörer (FDP) meint, dass das Postulat etwas unglücklich ist, weil der Titel und das Begehren nicht übereinstimmen. Und so kann seine Fraktion der Postulatsüberweisung nicht zustimmen, wenn im Titel von einer Schliessung der Büchelistrasse die Rede ist. Zudem konnte man heute vom Stadtrat erfahren, dass mit dem Postulat offene Türen eingerannt werden, doch für die Umsetzung durch den Stadtrat ist es nicht nötig, dass man dafür heute das Postulat überweist.

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass der Stadtrat in einer gesamtheitlichen Betrachtung das Problem angehen möchte, denn das Postulat Nr. 2015/225 betreffend der Anbindung des Zentrums Nord ist ja auch noch hängig und der Kanton befasst sich aktuell mit der neuen Gestadeck-Kreuzung.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2019/170 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

282 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Velostege Oristal - Interpellation «Liestals neue Velostege: Gut, aber mehr Platz nötig» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/171)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
Fraktion CVP/EVP/GLP *Liestal, 26. November 2019*

Interpellation

Liestals neue Velostege: Gut, aber mehr Platz nötig

Gefährliche Verhältnisse beim Abgang in die Orisunterführung

Mit dem Vierspurausbau des Bahnhofs Liestal wird gleichzeitig eine neue Veloverbindung südlich entlang der Bahngleise gebaut: der Velo- und Fussgängerweg wird von der Wiedenhubstrasse bis zur Gartenstrasse über zwei Stege – den Oristal- und Sichtern-Steg – auf dem Niveau des Bahnhofs geführt. Dadurch steht den Velofahrenden eine bequeme, nahezu steigungsfreie Ost-West-Verbindung innerhalb von Liestal zur Verfügung. Dem Projekt wurde im September 2018 mit grossem Mehr der Bevölkerung zugestimmt. Der Wermutstropfen: Die Situation beim Abgang zur neuen Oristal-SBB-Unterführung Süd ist problematisch. Auf dem engen Areal müssen die Fussgängertreppe und -rampe in die Unterführung, der Veloweg, die Veloabstellplätze sowie der „Bahnhofsvorplatz" mit Warteraum für die Lichtsignalanlage zur Überquerung der Oristalstrasse Platz finden. Ein Blick auf den Bauplan zeigt, dass dies zu Stosszeiten zu Konflikten zwischen
Autoverkehr, FussgängerInnen und Velofahrenden führen wird. Insbesondere ist die Veloverbindung zwischen den beiden Stegen mit ca. 1.50m sehr schmal, so dass ein sicheres Passieren von Velofahrenden und FussgängerInnen nicht möglich ist. Weiter ist der Zugang zu den Veloständern entlang dem Treppenabgang lediglich 1.70m breit, was Passanten gefährdet. Eine dritte gefährliche Stelle stellt die Abfahrt vom Orissteg auf die Orisstrasse Richtung Oristal dar.
Die Pro Velo Liestal hat diesen Knotenpunkt mehrfach mit der Stadt und den SBB angesprochen und vor Ort begutachtet.
Eine Lösung könnte in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft gefunden werden: Durch Einbezug eines Landstreifens am Nordrand der Parzelle „alte Bäckerei" (zum Kanton gehörend) würden sich die beengten Platzverhältnisse deutlich entschärfen.

Es kann doch nicht sein, dass der Kanton als wichtiger Partner zu einer massgeblichen Verbesserung dieser Situation nicht Hand bietet.

Ich möchte den Stadtrat um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen bitten:

Sieht hier der Stadtrat keinen unverzüglichen Handlungsbedarf?

Wäre die Stadt bereit, in dieser Angelegenheit beim Kanton vorstellig zu werden?

Vielen Dank für die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli

* * * * * * * * * * * * *

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) teilt mit, dass das Geschäft auf Wunsch der Interpellantin an der letzten Ratssitzung von der Traktandenliste abgesetzt wurde.
Die Interpellantin möchte sich nun zur schriftichen Interpellationsbeantowrtung des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2019/171a äussern.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt für die schriftliche Beantwortung ihrer Interpellation. Die Problematik habe sie in ihrem Vorstoss beschrieben und es ist klar, dass rechtlich alles abgesegnet wurde. Der Stadtrat hat sich sicher eingesetzt, doch ist es schade, dass nicht härter verhandelt wurde, denn die Situation hätte sich wesentlich entschärft, wenn der Kanton bei der alten Bäckerei etwas Land abgetreten hätte. Änderungen wären sich noch möglich, bevor alles in Beton gegossen ist.

Albert Siegwart (GL) erklärt, dass seine Fraktion die neuen Velostege befürworte und auch sehr gut finde. Leider fehlt beim besagten Knotenpunkt schon der Platz, damit beispielsweise sich ein Velo mit Anhänger mit einem anderen Velo unproblematisch passieren können. Spätere bauliche Anpassungen würden viel Zeit und Geld kosten, weshalb die Korrekturen noch in der aktuellen Bauphase vorgenommen werden sollten.

Thomas Eugster (FDP) stellt als Einzelsprecher fest, dass dieses Teilprojekt hier im Rat und auch der BPK eingehend geprüft und diskutiert sowie schlussendlich beschlossen wurde. Den Zeitpunkt für allfällige Änderungen habe man deutlich verpasst. Festzuhalten ist auch, dass es sich bei der besagten Stelle nicht um eine Velofahrer-Schnellroute handelt und so müssen die Velofahrer und Fussgänger gegenseitig Rücksicht nehmen.

Dominique Meschberger (SP) pflichtet ihrem Vorredner bei, kann sie sich noch gut an die damalige längere Debatte in der BPK erinnern. Die Velostege wurden hier im Rat ganz allgemein sehr gut aufgenommen, bringen diese doch wesentliche Verbesserungen für die Velofahrer mit sich.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, dass die Velostege ursprünglich gar nicht geplant waren und diese somit durchaus als Geschenk bezeichnet werden können. Viele dürften über diese Verbindung froh sein, diese ist zwar nur 1.50 Meter breit, sollte aber genügen. Schön wäre es natürlich gewesen, wenn diese Verbindung gar über den Burgeinschnitt hätte verlängert werden können.

Natalie Oberholzer (GL) legt dar, dass sich der motorisierte Individualverkehr (MIV) seit der Beratung und Beschlussfassung des Einwohnerrates im Zusammenhang mit dem Bahnhofprojekt sowie Velostege geändert hat und der MIV ein Auslaufmodell ist. Zukunftsorientiert muss deshalb mehr Platz für den Veloverkehr geschaffen werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass der MIV durchaus mehr als eine Wegbreite von 1.50 Meter nötig macht, doch für den normalen Veloverkehr mit normal fahrenden Velofahrern sollte eine Wegbreite von 1.50 Meter genügen.

Siegwart Albert (GL) nimmt an, dass der neue Veloweg sehr stark benützt wird, so insbesondere auch von Schülern. Das Problem dürfte wohl nicht auf das Tempo der Velofahrer zurückzuführen sein, denn diese dürften wohl auf dem Velosteg wegen der ungenügenden Wegbreite ihre Velos sowieso nur schieben können.

Stadtrat Franz Kaufmann stellt fest, dass man auf der gesamten Bahnhof-Baustelle mit engen Verhältnissen zurecht kommen muss. Auch beim Velosteg konnte man mit der Breite von 1.50 Meter das Maximum herausholen, doch habe er schon in Städten wie Mannheim usw. noch viel schmälere Velowege vorgefunden. Und man darf schon auch festhalten, dass man in Liestal für die Velofahrer in den vergangenen Jahren sehr viel getan habe.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/171.

283 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Buslinie 83, Wasserturmplatz - Interpellation «Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2019/173)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Interpellation

Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!

Die Buslinie 83 verkehrte bis zum 14. Dezember 2019 ab Bahnhof Liestal mit den Haltestellen Wasserturmplatz, Gestadeckplatz, PLZ Brunnmatt, Äussere Arisdörferstrasse, Im Rank, Leisenberg, Windenthal, Abzw., Hersberg nach Arisdorf und hat ab Wasserturmplatz unsere Wohngebiete Gestadeck, Erzenbergstrasse, Arisdörferstrasse, Vogelsang, Vordere Heidenlochstrasse, Brunnmatt, Pfauenhof, Rank, Sonnhalde, Leisenberg, Bettlenfeld und Grossmatt erschlossen.
Die Bus-Haltestelle „Wasserturmplatz" ist der naheliegenste ÖV-Knotenpunkt zum Einkaufszentrum Stedtli für unsere Busverbindungen in diverse Richtungen geworden.
Nun haben mir aufgebrachte Einwohner-Innen, welche täglich mit dem 83er Bus ab Wasserturmplatz in ihre Wohnquartiere fahren mitgeteilt, dass der 83er Bus ab dem 15. Dezember 2019 die Haltestelle Wasserturmplatz nicht mehr bedienen wird.
Der 83er Bus fährt neu einmal pro Stunde ab Bahnhof Liestal direkt via Gerberstrasse zur Haltestelle Gestadeck und dann weiter wie bisher.
Die Kunden, welche im Städtli einkaufen, müssen also mit einem anderen Bus ab Wasserturmplatz zum Bahnhof fahren um dann mit dem 83er Bus in ihre Wohnquartiere zu gelangen.
Allen Schülern aus der Burg, welche im Rayon des 83er Bus wohnhaft sind, wird derselbe ökologisch und ökonomische Umweg auferzwungen.
Mit dieser Anordnung werden sehr viele ÖV- Benutzer verärgert und es wird unserer, sich mit viel privatem Engagement im Aufwind befindender Liestaler Begegnungszone mit Einkaufs-Zentrum grossen Attraktivitäts-Verlust zugefügt.
Gemäss Aussage des Busbetreibers haben sich schon sehr viele aufgebrachte Kunden über die Aufhebung des 83er Bushaltes auf dem Wasserturmplatz beschwert.
Da diese Anordnung offensichtlich nicht verstanden wird, bitte ich den Stadtrat uns den Sinn diesbezüglich zu erklären.

Warum mutet Stadtrat unseren Einwohner-Innen der Quartiere im 83er Rayon diesen einschneidenden Haltestellenabbau zu?

Wie lautet die Erklärung, dass sich der Stadtrat für ein florierendes Liestal einsetzen will und gleichzeitig aber einen sehr beliebten Bushalt für unsere Einwohner-Innen streicht?

Ist dem Stadtrat bewusst, dass sehr viele Einwohner-Innen aus dem Rayon der 83er Linie sowie aus unseren nördlichen Nachbarsgemeinden Hersberg und Arisdorf nach ihrem Einkauf in Liestal, mit dem 83er Bus ab dem Wasserturmplatz wie bis zum 14. Dezember 2019 möglich, wieder nach Hause fahren möchten?

Werden die Bedürfnisse unserer Einwohner-Innen, welche auch KundInnen sind, ernst genommen?

Was wird der Stadtrat unternehmen, damit diese unverständliche Anordnung aufgehoben und so wieder ab dem Wasserturmplatz in den 83er Bus zugestiegen werden kann?

Wann können wir wieder am Wasserturmplatz in den 83er Bus einsteigen?

Gerne bedanken wir uns schon zum Voraus für die lösungsorientierte Beantwortung der dringlichen Interpellation durch den Stadtrat zum Wohle unserer Einwohnerschaft.

SVP Liestal
Hans Ruedi Schafroth

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die Interpellation und hält fest, dass die Zuständigkeit für die Bus-Fahrpläne grundsätzlich beim Kanton liegt. Im Gesamtkontext des SBB-Vierspurausbau ist vorgesehen, dass im Jahr 2022 zur Entlastung der Verkehrsachse und wegen der Verlagerung des Personenverkehrs der Waldenburgerbahn auf die Strasse der 83er-Bus so fährt, wie dies aktuell der Fall ist. Damit kann die Poststrasse und auch Büchelistrasse entlastet werden. Wegen Änderungen im Zusammenhang mit den Schnellzughalten in Liestal ist die neue Linienführung bereits zwei Jahre früher umgesetzt worden, damit die Anschlüsse an die Schnellzüge gewährleistet sind. Die Fahrplananpassung ist von der öV-Abteilung des Kantons dem Stadtrat zur Vernehmlassung unterbreitet worden. Den Argumenten des Kantons konnte man folgen und man hatte der Fahrplanänderung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die von Arisdorf herkommenden Schülerbusse weiterhin den Wasserturmplatz anfahren können. Der Kanton hatte diesem stadträtlichen Wunsch nicht zugestimmt, da auf einer Buslinie angeblich nicht verschiedene Haltestellen zu verschiedenen Zeiten angefahren werden können. Als Argumente für den Wechsel können die Stabilität des Fahrplanes, die Entlastung des Wasserturmplatzes und der Büchelistrasse vom Busverkehr sowie die Gewährleistung der Haltestellen in Gehdistanz aufgeführt werden. So kommen die Burg-Schüler innert 10 Minuten zum Gestadeck oder auf den Bahnhof, doch könnten auch Busse benützt werden, die in kurzen Abständen vom Wasserturmplatz zum Bahnhof fahren. Beim Bahnhof könnte dann in den 83er-Bus umgestiegen werden, welcher nach Arisdorf fährt. Dem Stadtrat wird vorgeworfen, dass er mit seinem Entscheid das Gewerbe torpediere usw., was überhaupt nicht der Fall ist. Vielmehr ist es so, dass wir auf unserem Strassennetz beschränkte Kapazitäten haben und bei Optimierungen usw. ist halt teilweise auch der öffentliche Verkehr betroffen. Hinweisen möchte er auch auf den Punkt „Busnetz“ auf Seite 64 des Entwicklungsplanes 2020-2024. Hinsichtlich des neuen Viertelstundentaktes bei der S-Bahn ab dem Jahre 2025 werden in der Folge auch weitere öV-Fahrplananpassungen nötig sein, was von einer Arbeitsgruppe bereits erarbeitet wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) erklärt als Interpellant, dass er mit den stadträtlichen Antworten nicht ganz zufrieden sei und deshalb auch die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) führt aus, dass der Wasserturmplatz in den vergangenen Jahren, letztmals 2017, für sehr viel Steuergelder um- und ausgebaut wurde. Die dortige Busstation ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt für das Stedtli. Dass nun der 83er-Bus den Wasserturmplatz nicht mehr bedient wird, hat nicht zwingend mit dem Fahrplanwechsel zu tun, sondern ist einfach im gleichen Aufwisch angeordnet worden, weil man so angeblich zwei Minuten Fahrzeit vom Bahnhof Liestal zum Bahnhof Pratteln einsparen kann. Vielmehr ist es auch eine versteckte Massnahme im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Fahrverbot für die Büchelistrasse. Bis am 14. Dezember 2019 hatte die Regelung mit dem 83er-Bus gut funktioniert und das soll auch künftig wieder so sein. Seit dem 15. Dezember 2019 wird die Bushaltestelle am Wasserturmplatz nicht mehr bedient. Für die Fahrplanänderung hatte es eine Vernehmlassung gegeben, doch ist diese relativ einfach im Stadtrat durchgewunken worden, da ja wohl kein Stadtratsmitglied davon betroffen ist. Es hatte keinerlei Informationen über die Fahrplanänderung gegeben und diese ist vom Stadtrat still und heimlich abgesegnet worden. Es ist ja ein erklärtes Ziel vom Stadtrat, der Bevölkerung ein optimales öV-Angebot anbieten zu können. Mit der Aufhebung der beliebten Haltestelle für den 83er-Bus beim Wasserturmplatz hat die Attraktivität der Begegnungs- und Einkaufszone Liestals stark gelitten. So habe er Brief erhalten, mit welchem ihm mitgeteilt wurde, dass man nun künftig dort einkaufen gehe, wo man mit dem Auto ins Einkaufszentrum fahren kann. Die Zeitersparnis für den Busbetreiber ist marginal, doch geht diese zu Lasten der Busbenützer. Nach der Ablehnung der Dringlichkeit seines Vorstosses im Einwohnerrat an der Dezember-Sitzung haben doch auch verschiedene Ratsmitglieder mittlerweile die laufende Initiative an den Stadtrat und die Petition an den

Regierungsrat unterzeichnet. Der unsägliche Fehlentscheid des Stadtrates muss raschmöglichst korrigiert und rückgängig gemacht werden.

Dominik Beeler (GL) informiert darüber, dass die Grüne Fraktion ebenfalls der Meinung ist, dass die Verschiebung der 83er-Buslinie unglücklich verlaufen ist und wann immer möglich, wieder korrigiert werden sollte. Wichtig ist aber, dass es zu keiner Kannibalisierung unter den Buslinien kommt. Der Stadtrat sollte auch unbedingt die Sperrung der Poststrasse für den Autoverkehr prüfen, damit der Busbetrieb während der WB-Transporte durch Busse gewährleistet ist.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass die Mittefraktion schon auch erstaunt war, als man vom Vorstoss bzw. der neuen Buslinienführung erfahren hatte. Hier im Rat gibt es auch Landratsmitglieder, welche von der neuen Linienführung des 83er-Bus Kenntnis hatten, bevor die Gemeinden und die Bevölkerung zur Vernehmlassung eingeladen wurden. Und nun werden von einem Ratsmitglied verschiedene Fragen und Vorwürfe mit einer Interpellation an den Stadtrat gerichtet, welche er bereits als Landrat unlängst hätte auf Kantonsstufe klären können. Mit der Vorgehensweise des Interpellanten als Einwohnerrats- und auch als Landratsmitglied habe sie schon etwas Mühe. Und auf der sachlichen Ebene findet sie es natürlich auch ungeschickt, dass der 83er-Bus nicht mehr über den Wasserturmplatz fährt, da davon doch viele Schüler betroffen sind. Die neue Linienführung und logische Vereinfachung bringt nebst einigen Nachteilen doch auch den wichtigen Vorteil mit sich, dass auch der 83er-Bus an den Bahnhof angeknüpft ist, denn Liestal hat doch den grossen Vorteil, dass beim Bahnhof auch der Busknotenpunkt liegt. Zudem ist durch verschiedene andere Buslinien nach wie vor gewährleistet, dass man rasch vom Bahnhof zum Wasserturmplatz gelangt. Auch die Gehdistanz vom Bahnhof zum Wasserturmplatz ist relativ kurz. Auch möchte sie von einer weiteren Änderung absehen, denn es braucht vermutlich einfach noch etwas Zeit für ein Umgewöhnen und mit dem WB-Umbau wird es in der Poststrasse und beim Wasserturmplatz schon in Kürze ein Riesenpuff geben, weshalb Änderungen rechtzeitig umgesetzt werden sollten. Sie verstehe zwar, dass über die neue Linienführung des 83er-Bus nicht alle glücklich sind. Die Schüler dürften sich zwischenzeitlich auch schon daran gewöhnt und entsprechend organisiert haben. Sie kann die Änderungen des 83er-Buslinie unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) votiert, dass man hier wohl ohne Not eine Verschlimmbesserung gemacht habe. Von Verspätungen sind morgens insbesondere die von Pratteln herkommenden Busse betroffen und davon ist halt nun Liestal betroffen und den erwarteten Effekt im Zusammenhang mit der neuen Buslinie und den Zuganschlüssen gibt es gar nicht. Die zusätzlichen Busse im Zusammenhang mit der Umbau der Waldenburgerbahn wird es geben und er geht davon aus, dass die vom Kanton aufgezeigte Lösung im Zusammenmit mit der Beantwortung seines Postulates keine Änderung erfahren hat. Der öffentliche Verkehr sollte ja kundenfreundlich sein und dies trifft mit der neuen 83er-Buslinie für die Schüler bestimmt nicht zu. Und auch für die Stedtlibesucher ist es nicht toll, wenn sie beispielsweise mit ihren Einkaufstaschen zum Bahnhof müssen. Auch er plädiert für eine Rückänderung der Buslinie. Und betreffend der vorgängig gemachten Aussage betreffend den Interessenvertretungen von Einwohnerrats- und Landratsmitgliedern zu Gunsten Liestals möchte er schon festhalten, dass die heute bekannten Informationen in diesem Detailierungsgraf damals nicht in der Landratsvorlage vorhanden waren, denn meist geht es bei den Landratsvorlagen schwergewichtig um das Geld und nicht darum, wo der Bus neu durchfahren und halten wird.

Peter Küng (SP) bemerkt, dass öV-Änderungen meist schwierig sind und Liestal mit seinem grossen öV-Knotenpunkt beim Bahnhof halt schon meist wesentlich betroffen ist. Als öV-Benützer hofft er natürlich auch, dass sich die SVP auch nach den kommunalen Wahlen noch so stark für den öffentlichen Verkehr einsetzen wird. Er ist natürlich auch nicht ganz glücklich darüber, wie die neue 83er-Buslinien umgesetzt wurde, doch vielleicht müssten sich alle selbst an der eigenen Nase nehmen und bei künftigen Vernehmlassungen auch rechtzeitig Einfluss nehmen. Verbesserungsfähig wäre auch das SBB-App, denn Passanten auf dem Wasserturmplatz wird zwar die Distanz von 323 Metern zum Bahnhof angezeigt, jedoch nicht darauf

hingewiesen, dass man von dort aus auch mit dem Bus zum Bahnhof fahren könnte. Leistungserbringerin für den Busbetrieb ist ja die Autobus AG, wobei im fünfköpfigen Verwaltungsrat niemand aus dem links-grünen Spektrum vertreten ist, doch haben dort 2 SVP-Nationalräte Einsitz. Auch Interessenvertretungen im Verwaltungsrat sollten etwas mehr öV-freundlicher sein.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf ein vorgängiges Votum und stimmt zu, dass der Detaillierungsgrad bei der Landratsvorlage wohl schon nicht so hoch gewesen sein ist. Im breiten Vernehmlassungsverfahren sind aber nebst den Gemeinden und Schulen beispielsweise auch die Parteien zur Stellungnahme eingeladen worden, welche sich dannzumal zur Buslinienänderung hätten äussern können.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) meint, von der neuen Buslinienführung gibt es aber bestimmt auch viele Liestaler-Einwohner, welche von der Änderung profitieren können, weil sie beispielsweise an der Arisdörferstrasse wohnen und es loben, dass die morgens bessere Zuganschlüsse haben. Und die Wegdistanz ist auch für die Burg-Schüler mit einer gemütlichen Gangart innert Kürze zu bewältigen.

Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass in der Landratsvorlage nur von Zeiten die Rede war, von Änderungen bezüglich Haltestellen nichts erwähnt wurde.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/173.

284 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Toiletten in Liestal – Postulat «Bereitstellen von öffentlichen Toiletten in Liestal» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2019/174)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Bereitstellen von öffentlichen Toiletten in Liestal

Laut Entwicklungsplan sollte Liestal in Kürze bis auf ca. 18'000 Einwohner heranwachsen.
Liestal wird immer grösser, das Angebot an öffentlichen Veranstaltungen steigt, lobenswerterweise.
Damit steigt aber auch die Anzahl der Besucher in Liestal und vor allem auch an diversen Events, sich ab und zu «erleichtern» zu müssen. Im Zusammenhang mit diesen Anlässen steigen aber auch die Besucherzahlen, die «natürlicherweise» ab und zu auf die Benützung einer Toilette angewiesen sind.

Deshalb werden im Stedtli öffentliche Toiletten benötigt.

Zurzeit fehlt dieses Angebot. Von den ehemaligen öffentlichen Toiletten sind einige nicht mehr in Betrieb.
Stattdessen werden Wände und Ecken für diese «Aktion» verwendet – sehr zum Missfallen der dortigen Anwohner.
Und den Restaurantbesitzern ist es auch nicht zuzumuten, dass die Leute ohne Konsumation ihre Toiletten benutzen.

Beispiele von Anlässen:
- Genussmarkt
- Kulturnacht
- Weihnachtsmarkt
- Kellerabstieg
- Fasnacht (zusätzliche Toiletten stehen dann jeweils bereit und werden auch rege genutzt…)

Aus meiner Sicht sollten für unsere Einwohner und Besucher einige öffentliche Toiletten in und um unser Stedtli bereitgestellt werden.

Liestal, im Dezember 2019

Markus Rudin SVP Fraktion

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann äussert, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde.

Markus Rudin (SVP) erklärt als Postulant, habe den Vorstoss eingereicht, weil er während dem letzten Weihnachtsmarkt öfters wegen öffentlichen Toiletten angesprochen wurde. Frühere Toilettenanlagen beim Gestadeck, beim Hotel Engel, beim Kiosk, beim Elefantentörli usw. existieren nicht mehr oder sind geschlossen. Bei Grossanlässen wie der Fasnacht, dem Stadtfest usw. werden mobile Anlagen meist aufgestellt. Beim diesjährigen Neujahrsapéro waren kaum Restaurants offen und so wurden den Besuchern die WC's im Rathaus geöffnet. Die Benützung öffentlicher Toiletten darf ja durchaus etwas kosten und die Erstellungs- und Unterhaltskosten könnten sich ja auch die Steuerzahler und Firmen beteiligen.

Michael Durrer (GL) bemerkt, dass der Vorstoss in seiner Fraktion auch von einigen Direktbetroffenen diskutiert wurde, welche im Stedtli wohnen und feststellten, dass Gässli-Durchgänge als Pissoir missbraucht werden, weil öffentliche Toiletten fehlen. Weitere und/oder zusätzliche öffentliche Toilettenanlagen sind bei einem Normalbetrieb im Stedtli nicht zwingend und dringend nötig. Viele Restaurant-Besitzer in Liestal stellen ihre Toilette auf Anfrage gratis zur Verfügung und in Basel werden bspw. auch diejenigen Restaurants mit einem Kleber an der Eingangstüre ausgezeichnet, welche der Öffentlichkeit die Toiletten zur Verfügung stellen. Bei grösseren Anlässen werden ja die Veranstalter auch zur Bereitstellung von mobilen Toilettenanlagen verpflichtet und auch die Stadt müsste wohl bei eigenen Anlässen wie beim Neujahrsapéro, den Märkten usw. genügend Toiletten zur Verfügung stellen. Zusätzliche Toiletten im Stedtli dürften wohl kaum möglich sein, ausser beispielsweise bei der geplanten neuen Allee-Gestaltung sowie anderen grösseren Projekten.

Fabian Eisenring (SP) orientiert, dass die SP-Fraktion die Postulatsüberweisung unterstützt.

Stadträtin Regula Nebiker berichtet, dass bei Grossanlässen die Bereitstellung von Toilettenanlagen ein Bestandteil der Bewilligung ist. Zudem werden seit rund zwei Jahren auch von Restaurants in Liestal die Toiletten öffentlich zugänglich gemacht, was man an den grünen „Örtchen“-Klebern erkennt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass das Bedürfnis nach öffentlichen Toiletten vorhanden ist, denn auch im Kirchgemeindehaus werden die Toiletten von Passanten aufgesucht.

Susi Thommen (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass die Mittefraktion die Postulatsüberweisung ebenfalls unterstützen wird. Gemäss Internet stehen im Stedtli 3 öffentliche Toiletten am Wasserturmplatz, beim Bahnhof und in der Allee zur Verfügung. Auch die öffentliche Toilette auf dem Friedhof hatte sie an einem Sonntag schon geschlossen vorgefunden.

Richard Gafner (FDP) teilt mit, dass auch seine Fraktion der Überweisung des Vorstosses zustimmen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2019/174 an den Stadtrat überwiesen.

285 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Recyclingstationen Bahnhof - Interpellation betreffend Recyclingstationen am Bahnhof von Loris Jeitziner der SP-Fraktion (Nr. 2019/175)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Loris Jeitziner *17.12.19*
SP Fraktion

Interpellation
betreffend Recyclingstationen am Bahnhof

Die SBB hat nach einer Pilotphase in Bern an den 34 grössten Bahnhöfen Recycling-Stationen für PET, Alu und Papier aufgestellt. Diese haben sich bewährt und werden gerne genutzt.

Meine Fragen an den Stadtrat:

- *Plant die SBB in Liestal auch solche Recycling-Stationen aufzustellen?*
- *Wenn ja, wann wird dies geschehen?*
- *Wenn nein, möchte sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die SBB auch in Liestal Recycling-Stationen aufstellt und betreibt?*
- *Falls die SBB gar nichts plant, wäre der Stadtrat willig, nebst der Sammelstelle an der Sichternstrasse eigene Recycling-Stationen am Bahnhof aufzustellen und zu betreiben?*

Loris Jeitziner

* * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und stellt fest, dass die SBB aktuell an der Erarbeitung eines Recycling-Gesamtkonzeptes ist, welches dann in der ganzen Schweiz umgesetzt werden soll. Es ist angedenkt, dass alle Bahnhöfe mit Fernverkehr-Halten eine entsprechende Entsorgungsbatterie aufgestellt wird. In Liestal werden die neuen Recycling-Stationen nicht vor Abschluss der laufenden Bauarbeiten im Jahre 2025 aufgestellt. Weitere gemeindeeigene Recycling-Stationen werden nach Vorliegen des SBB-Konzeptes für den Bahnhof Liestal gegebenenfalls noch geprüft.

Loris Jeitziner (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten, ist mit diesen zufrieden und wünscht deshalb keine Diskussion.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/175.

286 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Gemeinde-App Liestal – Postulat «Gemeinde-App Liestal» von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2019/176)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Fabian Eisenring SP Fraktion

Liestal, Dezember 2019

Postulat
Gemeinde-App Liestal

Gemäss dem Bundesamt für Statistik surfen rund 73% der Schweizerinnen und Schweizer mit dem Smartphone. Mit dem Laptop oder Tablet sind dagegen nur noch 37 Prozent im Netz unterwegs. Das heisst, die Internetnutzung geschieht heute meist mobil, etwa via App.

Um die Liestaler Bevölkerung auf dem neusten Stand bezüglich wichtigen Informationen und Gemeindedienstleistungen zu halten, kann eine Gemeinde-App die Kommunikationswege vereinfachen und verkürzen.

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und berichten, inwiefern und mit welchen Kosten die Einführung einer Gemeinde-App möglich ist.

Fabian Eisenring

* * * * * * * * * * * * *

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat anfänglich den Vorstoss übernehmen wollte, sich an der gestrigen Sitzung jedoch gegen eine Postulatsübernahme ausgesprochen hatte. Zur Meinungsänderung und stadrätlichen Haltung möchte er sich kurz äussern. Ein App ist ja eine Applikation, welche bereit gestellt bzw. programmiert und alsdann bewirtschaftet werden muss, was doch sehr zeitaufwändig und kostenintensiv ist. Alternativ könnten App-Standardlösungen beispielsweise für die Kehrichtabfuhren, defekte Strassenlampen usw. eingekauft werden. Doch auch in diesem Fall müssen Interessierte das App herunterladen, figurieren und einstellen, was für viele schon einmal eine erste Hemmschwelle ist. Die Homepage der Stadt Liestal ist doch recht gut und es können bereits heute nach einer Registrierung viele Dienste abonniert oder Dinge im Online-Shop bestellt werden. Dieses Jahr wird zudem die Homepage überarbeitet und ein direkter Zugriff wird künftig möglich sein, ohne dass es ein App braucht. Bei der neuen Homepage werden möglichst viele Dienstleistungsangebote berücksichtigt vom Postulanten bei einer Gemeinde-App-Lösung gewünscht werden.

Fabian Eisenring (SP) erklärt als Postulant, dass bereits heute 9 von 10 Einwohnern ein Smartphone besitzen. Mit seinem Vorstoss möchte er einen weiteren Kommunikationsweg für Ortsansässige und auch Auswärtige thematisieren, wenn es bei Fragen und Informationen zum Thema Parkleitsystem, Sirenenalarm, Trinkwasserverschmutzung-Informationen, Kehrichtabfuhr-Daten, Restaurant-Angebote, kulturelle Veranstaltungen, öV-Angebote, Übernachtungsmöglichkeiten usw. geht. Im Zeitalter der Digitalisierung sollte sein Postulat zumindest geprüft werden, damit man dann bei der Berichterstattung auch über die Kostenfolgen informieren könnte. Ihm ist es wichtig, dass mit dem Angebot einer Gemeinde-App kein zusätzlicher administrativer Aufwand generiert würde. Es sollte aber doch möglich sein, dass man die

Informationen für die Homepage gleichzeitig auch für die Gemeinde-App liefern kann. Die Betreiberin der Homepage Liestal bietet solche Applikationslösungen an. Allschwil und Reinach bieten bereits eine Gemeinde-App an.

Dominik Beeler (GL) informiert, dass in seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen zum Thema Gemeinde-App vertreten werden. Jüngere Fraktionsmitglieder unterstützen das Postulat eher, da für sie halt die Hemmschwelle für App-Installation wohl schon geringer ist. Interessant wären natürlich die Nutzerzahlen von Gemeinden mit einer Homepage und auch Gemeinde-App. Er ist auch der Meinung, dass die Hemmschwelle für die Installation von App's doch recht gross ist und ein mobiler Zugriff auf die Homepage wäre wünschenswert, doch sollte diese uneingeschränkt genutzt werden können.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass er die mobile Website der Stadt auch getestet hat und aus verschiedenen Gründen beispielsweise keine Vorstoss des Einwohnerrates auf dem Handy lesen würde. Die mobile Website bietet einige Möglichkeiten für den täglichen Gebrauch. Die Lösung könnte auch darin liegen, dass man mit einer App den Zugriff bzw. den Einstieg auf die Homepage ermöglichen würde. Ein App, welches alles kann, dürfte rund CHF 250'000 kosten und die vorgängig erwähnte Lösung eines Teil-App dürfte um ein Vielfaches günstiger sein.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass seine Fraktion den Stadtrat im Zusammenhang mit der Postulatsübernahme unterstützen wollte, nach dessen Meinungsänderung an der heutigen Sitzung ist in der SVP-Fraktion kurzfristig die Stimmfreigabe beschlossen worden.

Reto Pusterla (FDP) findet, dass seine Fraktion der Meinung ist, dass die Stadt Liestal bereits über eine gute Homepage verfügt und diese nun gar verbessert werden soll. Auch angesichts der angespannten Finanzlage wird man einer Gemeinde-App bzw. Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erstaunt der Meinungsumschwung des Stadtrates doch etwas. Die Informationsbeschaffungsmöglichkeiten sowie die Kommunikationsmittel werden immer umfangreicher und deshalb sollte der Stadtrat das Angebot einer Gemeinde-App zumindest einmal prüfen und dann berichten, denn gar das Dorf Roggenburg verfügt über eine Gemeinde-App und kann sich das anscheinend selbst als kleine Gemeinde leisten.

Michael Durrer (GL) merkt an, er habe schon damit gerechnet, dass man bei diesem Thema fast ausschliesslich über die Kosten diskutieren wird. Es gibt bereits heute verschiedene Lösungen mit recht unterschiedlichen Preisschildern. Auch ein früherer Vorstoss des Postulanten im Zusammenhang mit einer stadteigenen Facebook-Seite ist vom Rat abgelehnt worden. Von den Jugendlichen weiss er, dass die Hemmschwelle nicht beim App-Herunterladen, sondern den Browser zu öffnen und www.liestal.ch einzugeben. Die Chance sollte nicht verpasst und deshalb die Vor- und Nachteile eines Gemeinde-App zumindest geprüft werden. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung können dann an die Lösungsvarianten auch noch die entsprechenden Preisschilder angeheftet werden.

Loris Jeitziner (SP) kann die Meinungsänderung und neue Haltung des Stadtrates auch nicht ganz nachvollziehen. Er bedauert es, dass oftmals wie im vorliegenden Fall gewisse Dinge aus einem Vorstoss hinaus interpretiert werden, welche die Stossrichtung der Verfasser nicht decken und meist auf Annahmen und Vermutungen basieren. Die heutige Homepage der Stadt ist betreffend der Benutzerfreundlichkeit sicher verbesserungsfähig. Er macht beliebt, dass man den Vorstoss an den Stadtrat überweist, damit dieser zumindest prüft und dann dem Rat wieder berichtet.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass sich die Mittefraktion für eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat ausspricht.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2019/176 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Werner Fischer (FPD) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.
Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * * * * * * * *

Schluss der Sitzung: 18.35 Uhr

Für den Einwohnerrat
Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann